

Zürich, Horgen und Dietikon, 16. Januar 2012

KR-Nr. 16/2012

**POSTULAT** von Carmen Walker Späh (FDP, Zürich), Rico Brazerol (BDP, Horgen) und Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)

betreffend Seeuferwege ohne Enteignungen

---

Der Regierungsrat wird eingeladen, bis zum demokratisch legitimierten Entscheid über den Gegenvorschlag zur «Seeuferweginitiative» sämtliche Planungsarbeiten und Aufträge an Dritte im Zusammenhang mit neuen Seeuferwegprojekten im Kanton Zürich, die ohne Enteignungen nicht realisierbar sind, einzustellen.

Carmen Walker Späh  
Rico Brazerol  
Josef Wiederkehr

16/2012

Begründung:

Der Kantonsrat hat Ende August 2011 den Gegenvorschlag der Kommission für Planung und Bau zu den sog. "Seeuferweginitiativen" angenommen, allerdings mit dem klaren Auftrag, Enteignungen auszuschliessen. Abgelehnt wurden die beiden Volksinitiativen «Zürisee für alli» (4794) und «Uferwege für alle» (4801). Beide Volksinitiativen wurden anschliessend zurückgezogen. Eine Volksabstimmung steht erst bevor. Nach wie vor gilt daher der kantonale Richtplan (Teilrichtplan Ver- und Entsorgung, Seite 3-10), welcher Enteignungen ausdrücklich ausschliesst. Ein entsprechender Passus «so nahe wie möglich am See» wurde von der Ratsmehrheit gestrichen. Im Zusammenhang mit dem Strassenbauprogramm 2012-2014 versicherte die Regierung zwar, dass keine neuen Arbeiten am Seeuferweg vorgenommen würden. Ungeachtet dessen scheint offenbar jedoch die Verwaltung die Seeuferwegprojekte voranzutreiben, die ohne Enteignungen nicht realisierbar sind (z.B. Tages-Anzeiger vom 1. Dezember 2011 «Die Natur steht dem Seeuferweg nicht in der Quere.») Dieses Vorgehen missachtet die demokratischen Spielregeln. Es ist zuerst die politische Auseinandersetzung abzuwarten.

Begründung der Dringlichkeit:

Aktuellen Medienberichten, aber auch dem Strassenbauprogramm 2012-2014 ist - trotz gegenteiligen Beteuerungen - zu entnehmen, dass die Planung von Seeuferwegen, die mit Enteignungen verbunden wären, vorangetrieben werden und Aufträge an Dritte erteilt werden, ohne das Ergebnis des Gegenvorschlages zu den Seeuferweginitiativen abzuwarten. Das Postulat kann sein Ziel erreichen, wenn es für dringlich erklärt wird.